

BUND NATURSCHUTZ UND AKTIONSBÜNDNISSE SEHEN IN DEN WEITERHIN GEPLANTEN STROM-AUTOBAHNEN GEFAHREN FÜR DEN ERFOLG DER DEZENTRALEN ENERGIEWENDE. ERDVERKABELUNG LÖST DAS PROBLEM NICHT!

BUND Naturschutz und Aktionsbündnisse haben ihren Widerstand gegen neue Stromautobahnen in Bayern auch bei Erdverkabelung bekräftigt. Gemeinsam lehnen sie die geplanten Gleichstromtrassen Suedlink und Süd-Ost als Hindernis für eine dezentrale Energiewende der Bürgerschaft und Stadtwerke ab.

„Engagierter Klimaschutz und sofortiger Atomausstieg sind wichtiger denn je. Dafür benötigen wir keine Stromautobahnen sondern mehr Energiesparen, mehr Energieeffizienz und den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern. Das Ziel einer Versorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien muss auch in Bayern noch vor dem Jahr 2050 erreicht werden. Windenergie- und Fotovoltaikanlagen an den richtigen Standorten ernten die Energie Strom dezentral, umweltschonend und flächig über unsere Heimat verteilt“, so **Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern**. „Dafür braucht Bayern eine Wende hin zu dezentralen Energie-Strukturen. Eine zentralistische Netzausbauplanung mit neuen Übertragungsnetzen, wie die Gleichstromtrassen Suedlink und Süd-Ost, sind der falsche Weg. Stattdessen müssen vor Ort Bürgerenergiegesellschaften und Stadtwerke der Kommunen unterstützt werden“, so Weiger weiter.

„Ziel für die Zukunft muss ein regionales Strommanagement sein, das die fluktuierenden Stromquellen Wind und Sonne mit regionalen und flexiblen Stromquellen unterstützt. Also zusätzlich zu Fotovoltaik und Windrädern regional steuerbarer Strom aus dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung, wie beispielweise Biogas-Block-Heiz-Kraft-Werken, und aus regionalen Batterien in Quartierspeichern“, so **Richard Mergner, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz in Bayern**.

„Der Widerstand gegen den überdimensionierten Netzausbau geht weiter. Wir fordern die Diskussion über die Berechtigung des Baus dieser Gleichstromtrassen. Wir kritisieren die Haltung der Bayerischen Landesregierung, welche die Diskussion für beendet erklärt hat, ohne nachvollziehbare Belege für die Notwendigkeit geliefert zu haben. Damit missachtet sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Die dezentrale Bürgerenergie-wende wird verhindert. Der geplante überdimensionierte Übertragungs-Netzausbau in Deutschland, gemeinsam mit der Novellierung des EEG vom 8. Juli, ist der Todesstoß für die Energiewende“ so **Matthias Grobleben, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen die Süd-Ost-Trasse**.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 10. August 2016

PM 079-16/LFG

Energie

„Heute am 10. August endet die Konsultation der Bundesnetzagentur zu ihren Entwürfen für zukünftige Eigenkapitalzinssätze für die Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber. Die Bundesnetzagentur legt diese Zinssätze fest, die die Netzbetreiber für ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung ansetzen dürfen. Die resultierenden Kosten tragen wir Stromkunden. Die Zinssätze sollen für Neuanlagen von 9,05 auf 6,91 und für Altanlagen von 7,14 auf 5,12 Prozent gesenkt werden. Im risikolosen Oligopol-Markt der Übertragungs-Netzbetreiber ist dies immer noch viel zu hoch. Zum Vergleich: Die zehnjährigen Bundesanleihen sind aktuell auf etwa minus (!) 0,2 Prozent gesunken. Also vergoldete Anlagemöglichkeiten für Finanzinvestoren der Übertragungs-Netzbetreiber. Darin sehen wir das eigentliche Interesse hinter der überdimensionierten Übertragungsnetzplanung“, kritisiert **Hubert Galozy, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen die Süd-Ost-Trasse.**

„Nach dem Energiedialog Bayern 2014/2015 haben die Spitzen der großen Koalition im Juli 2015 die Novellierung des Bundesbedarfsplangesetzes durch den Bundestag im Dezember 2015 festgelegt. Die Gleichstrom-Trasse Süd-Ost wurde nach Osten verschoben und verläuft nun von Oberfranken über die Oberpfalz nach Niederbayern bis Ohu / Isar. Weg von den wohlorganisierten Aktionsbündnissen in Mittelfranken und Bayerisch Schwaben. Zusätzlich wurde Erdverkabelung angeordnet. Die Kreisgruppe des BUND Naturschutz in Bad Kissingen in Unterfranken stellt hierzu fest: Eine Erdverkabelung der Trasse Suedlink ist im Landkreis Bad Kissingen weder durch die Rhön, noch westlich oder östlich der Rhön machbar. Die Planungen werden an Raumwiderständen des Umwelt- und Naturschutzes scheitern. Der politische Widerstand sollte durch räumliche Trassenverschiebung und durch Erdverkabelung ausgehebelt werden. Aber energiepolitisch bleiben die Probleme bestehen und naturschutzfachlich erscheint uns dies nicht machbar“, so **Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz beim BUND Naturschutz in Bayern.**

Eine Stromversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien benötigt lokale und regionale Netzstabilisierung, Netzdienlichkeit und Anreize für regionalen Last- und Leistungsausgleichs. Die Dynamik der fluktuierenden Stromquellen Windenergie und Sonnenenergie führt zu hohen regionalen elektrischen Leistungsspitzen. Die Physik von Strom aus Wind und Sonne erfordert daher vorrangig eine Verbesserung und einen Ausbau regionaler Infrastrukturen, wie der Verteilernetze, wie der dezentralen KWK, wie neuer Quartierspeicher auf Basis Batterien. Die Energiewende erfordert dezentrale Konzepte. Kommunen mit Stadtwerken und Bürgerenergie-Gesellschaften sind Basis einer nachhaltigen Energiewende.

Für Rückfragen: Dr. Herbert Barthel,
Referent für Energie und Klimaschutz des BUND Naturschutz in Bayern,
Tel.: 0151 5048 9963

Anlage: BN_informiert_Netz,

https://www.bund-naturschutz.de/fileadmin/download/energie/Energie-Flyer/BN_informiert_Netz.pdf

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 10. August 2016
PM 079-16/LFG

Energie